

An American Newspaper which stands for American Ideals and Principles — published in the German language for American citizens who read German

# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Freitag, den 10. Januar 1919.

8 Seiten.—Nr. 259.

## Die Botschaften an die Legislatur

### Die Gouverneure Neville und McKelvie für Sprachenfreiheit in Kirchen! Unterricht in Schulen in Landessprache

### McKelvie für Einführung des Kabinetts-Systems

Lincoln, Neb., 9. Jan. — Die Staatsadministration hat heute nachmittags geschäftlich, indem Gouverneur Neville vor der Legislatur seine Abschiedsbotschaft verlas und aus dem Amte anschied, und der neuerwählte Gouverneur, Sam H. McKelvie, vor der Legislatur erschien, um Oberbürgermeister Morrisey vereidigt wurde und dann seine Botschaft verlas, in der er einige Änderungen von Wichtigkeit empfahl.

Eigentümlich mag es erscheinen, daß die Botschaften der beiden Gouverneure in mehreren wichtigen Punkten beinahe gleichlautend waren, so in der Frage der Amerikanisierung, in welcher sie sich auf den Bericht des Amerikanisierungs-Komitees stützen, in der Prohibitionsfrage, Frauenstimmrechtsfrage usw.

Wir bringen hiermit einen Auszug aus beiden Botschaften:

Gouv. Sam H. McKelvie hat der Legislatur seine erste Botschaft unterbreitet, aus der wir die Hauptpunkte herheben:

Die Welt hat den größten Krieg hinter sich, in welchem Amerika der entscheidende Faktor war. Die Demokratie hat über die vererbten Rechte triumphiert, was vierzigtausende von Leben von tapferen Soldaten gekostet hat. Jetzt ist es unsere Aufgabe, durch unsere Taten zu beweisen, daß diese Leben nicht vergeblich geopfert wurden. Die Rekonstruktion ist ein Werk, das die Nation in Anspruch nehmen, Gerechtigkeit und Wiedervergeltung müssen zur Geltung kommen. Reformen müssen eingeführt werden, ohne jedoch in den Materialismus zu verfallen. Die Reformen, die in der republikanischen Plattform enthalten waren, müssen durchgeführt werden. Die Durchführung der Zivilisierungs-Gesetze ist durch veraltete gesetzliche Bestimmungen behindert. Um Verbesserung zu schaffen, wird eine „Civil Administrative Code“ Bill eingereicht werden, wonach ein Department für Finanzen, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, öffentliche Arbeiten und Wohlfahrt eingerichtet werden wird. Die Vorsteher dieser Departmente sind verantwortlich für alle Arbeiten zu halten, und mit dieser Einrichtung hofft der neue Gouverneur die zahlreichen Verwaltungsbehörden abzuschaffen.

Dann fordert McKelvie die Einführung des Budgetplans; er macht darauf aufmerksam, daß eine Verfassungs-Veränderung einzubringen ist. Er empfiehlt die Ratifizierung des Nationalen Prohibitions-Amendments und die Einführung von Frauenstimmrecht.

**Lehre Exaltität in den Schulen.** Die Erfahrung hat gezeigt, daß in der Vergangenheit Fehler in Regierung auf die fremden Sprachen gemacht wurden. Der größte war, daß wir die Schulen nicht zu einem Mittel machten, wodurch ein Amerikanismus aufgebracht werden kann. Wir sehen nun ein, wie schwer es ist, ein wahrhaft nationales Empfinden und einen nationalen Geist zu pflegen, wenn solche unter und sind, die kein richtiges Verständnis und keine Wertschätzung der Prinzipien haben, die die Form unserer Regierung haben, und die nicht fähig sind, sich zu einem Studium der Anwendung dieser Prinzipien durch den Gebrauch einer gemeinsamen Sprache anzuschließen.

Es ist wünschenswert, daß wir einen Plan lehrhafter Instruktion unternehmen sollten, der den allgemeinen Gebrauch der englischen Sprache im Staate, wie in der Nation zum Ziele hat. Das ist endlich eine Sache, die nicht auf einmal zu Lande kommen kann, und diesen Plan auf einmal auszuführen, würde nur unangenehme Härten für viele bringen, und würde möglicherweise die Wiederherstellung des gewünschten Ziels herbeiführen.

**Unterricht in Englisch.** Ich glaube, daß aller Unterricht in öffentlichen und Privatschulen mit Ausnahme des fremdsprachlichen Unterrichts, in englischer Sprache erteilt werden sollte. Die religiöse Freiheit sollte nicht verlegt werden.

**Ein Staatsdenkmal.** Die Anlagen um das Kapitulum würden ein guter Ort für das Denkmal sein. Die Namen aller im Krieg gefallenen und Getöteten sollten hierauf eingegraben sein.

Und der Lebenden sollten wir gedanken. Den rührenden Kränzen will die Bundesregierung hülfes Hand zur Verfügung stellen. Das Zeichen des Gedenkens für den Krieg wird unsere Building und kein Geschicklichkeit gleichsam. Das nicht

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Mann, Frau und drei Kinder ermordet

Der Mörder steht dann deren Wohnung in Brand, um die Scharfen zu verwischen.

Cedar Rapids, Ia., 10. Jan. — Die Wohnung des aus fünf Mitgliedern bestehenden Familie Grant Wigel, Oxford Junction, Jones County, brannte gestern Nachmittag nieder und die Insassen verbrannten.

Oxford Junction, Ia., 10. Jan. — Aus der Leichenhalle hat sich ergeben, daß alle Mitglieder der Familie Wigel, deren verfohlte Leiden in den niedergebrannten Heim aufgefunden wurden, ermordet worden waren. Wie E. L. Magruder, der die Verhandlungen bei der Leichenhalle leitete, sagte, fehlte jedem der Familienmitglieder der Kopf, während andere Körperteile nur wenig verbrannt waren.

## Attentat auf den Premier Kramarz

Wafel, 10. Jan. — Eine unter dem Mittwoch Datum hier eingetroffene Depesche aus Prag meldet, daß der Versuch gemacht wurde, Dr. Karl Kramarz, Ministerpräsident der tschecho-slowakischen Republik, zu ermorden. Während Kramarz sich mit einem Maler in dem Prager Schloss unterhielt, feuerte ein junger Mann hinter dem Rücken auf ihn ab; derselbe ging fehl. Ein Arbeiter schuß traf ihn, doch brach die Kugel gegen die Brust des Ministers ab. Der Attentäter wurde verhaftet; er gab seinen Namen als Alois Stastny und sein Alter mit 18 Jahren an. Er ist in Prag geboren und bei der Bahn angestellt. Der Verhaftete sagte, daß eine Verschwörung bestehe, um Kramarz zu ermorden, weigert sich jedoch, die Namen seiner Mitschwärmer anzugeben.

## Buenos Ayres Streik dehnt sich aus

Buenos Ayres, 10. Jan. — Die Verluste im Kampfe zwischen Truppen und Streikern beläuft sich auf 150. Die Streiker verhafteten alle anderen Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu zwingen. Straßenkämpfe waren die Folge und Truppen wurden zur Herstellung der Ruhe herangezogen.

Der Streik dehnt sich inzwischen aus. Mehr als 50 Unionen haben sich den 20.000 streikenden Eisenbahnarbeitern der Bahnen Gießerei angeschlossen. Diese Fabrik wurde umzingelt, um die Streikbrecher zum Verlassen zu zwingen. Eine Schwadron berittene Polizei kam den letzten zu Hilfe und gab den Reiten festeres Geleit.

Fünf alle Industriezweige der Stadt sind lahm gelegt, die Straßenhändler eingeschlossen, weil die Regierung Gewalt gebrandet habe im Kampfe gegen die Metallarbeiter, von denen am Dienstag fünf getötet und dreißig verwundet wurden.

Weder Straßenbahnen noch Taxien oder Droshken, auch keine Lieferwagen sind auf den Straßen zu sehen. Mehr als 100.000 Arbeiter sind durch den Streik betroffen.

Alle großen Geschäfte sind geschlossen, ihre Türen geschlossen und Türen und Fenster barrikadiert, ihre Angestellten nehmen am Streik teil.

Wahnsinnige laufen wieder ein und aus. Die am Dienstag Getöteten wurden beerdigt. 1.000 Streiker haben ihnen das letzte Geleit; die Särge waren mit roten Fahnen bedeckt.

## Wilson und Gemahlin machen Spaziergang

Paris, 10. Jan. — Präsident Wilson hielt sich heute bereit, dem französischen Ministerium des Auswärtigen einen Besuch abzustatten, sollte man seiner dort bedürfen. In diesem nicht der Fall war, unternahm er mit seiner Gemahlin einen weiten Spaziergang. Gelächter wurde laut, als er längere Zeit mit Gel-Deule

## Der Rückstrom der deutschen Heere

In fünf gewaltigen Kolonnen ging der Rückzug durch die Rheinlande. — Die Stimmung der Truppen. — Schulfreie Tage für die Jugend.

(Aus dem „Hamburger Fremdenblatt vom 20. Nov.“ Köln, 19. Nov. — Drohtbericht unseres Vertreters. Das gesamte Rheinland links des Stromes gleicht jetzt einem gewaltigen Gezerlager. Gestern machte General v. Einem als Oberbefehlshaber der dritten Armee von Koblenz aus bekannt, daß die ersten Divisionen seiner Armee, die etwa 270.000 Mann und 70.000 Pferde umfassen, in die Rheinprovinz eingedrückt sind. Das Armeekorpskommando der vierten Armee mit General Sixt v. Armin an der Spitze leitete von Aachen aus den Rückmarsch seiner Truppen. Die fünfte Armee unter General v. d. Marwitz marschiert von Erier heran. Da zu kommen noch die 6. und 17. Armee, deren Spitzen bereits Köln durchqueren.

So wälzen sich also fünf Armeen am deutschen Strom, am zwischen Düsseldorf und Bingen den Rhein zu überschreiten. Aber nicht nur zu Fuß kommen die Wehrer; ein gleiches Bild bilden die Wagnisse, wo Zug auf Zug berbeordert, überflutet und überläden innen und außen mit Menschen und Kriegsmaterial. Unwillkürlich muß man Verachtungen darüber anstellen, ob es möglich sein wird, solchen Massen auf verhältnismäßig beschränktem Raum, in so kurzer Zeit, bei rationierten Lebensmitteln der Zivilbevölkerung, die so gut wie nichts abgeben kann, vorwärtszuführen, sie unterzubringen und zu verpflegen. Der Soldatenrat Aachen meldet, daß Durchmarsch und Abmarsch in geregelter Ordnung vor sich gehen; die Verpflegung erfolgt durch die Arme selbst. Dasselbe gilt wohl auch für die anderen Armeen. In Aachen steht augenblicklich ein großer Viehbestand. Wenn es gelingt, ihn wieder zurückzubekommen, ist ein Teil der Verpflegungsfrage gelöst. In den rheinischen Städten sind überall Hunderte von Verpflegungs- und Unterkunftsstätten eingerichtet. Außer Klammern und Sälen verwendet man dazu auch die Schulen. So hat die sieben Tugend wohnung wieder schulfrei, nicht zum Nutzen der Ordnung. Da nämlich auch sonst alles, was nicht beruflich in Räume gebunden ist, sich auf den Straßen den Durcheinander anstellt, gleich das ganze Leben einem ungeordneten Ameisenhaufen. So hält es unheimlich schwer, das unbedingte Erfordernis, Ordnung und nachmalige Ordnung, aufrecht zu halten. Die Straßenbahnen erweisen sich als großes Hindernis und müssen unbedingt ihren Betrieb einstellen.

Es wäre genügt, heute schon ein gutes Geleit voranzufügen; immerhin lassen der Anblick und die Stimmung der unbefestigten, freischen, mannesmäßigen Frontkrieger, denen die Rheinlande den Weg mit Wunden geschnitten haben, etwas Gutes erhoffen. „Von Händlern zu den anderen.“ Von der Nordsee Strand zum Deimalland.“ So lautet die Zuschriften auf dem unglücklichen Wehrer. Das letzte Kommando aus dem Nordsee Strand zum Norddestrand, dann eine andere Streidestreit vertritt die Mannschaften an „Samborger Jung“. Wenn es auch leider meist nicht mehr die von 1914 sind, wenn sie auch zu Hause andere Verhältnisse als beim Abmarsch finden, eines ist nach allem den Frauen geblieben: die Liebe zur Heimat, die Liebe zum Volksgemeinschaft, die Liebe zum Volksgut.

Frankfurt a. M., 19. Nov. — Die „Frankf. B.“ meldet aus Luxemburg: Nach immer passieren der deutsche Heereskolonnen auf dem Rückzuge Luxemburg, Ordnung und Organisation sind anstelle des unglücklichen Durchmarsches wiederhergestellt. Die Wehrer stellen fest, daß die Soldaten einen guten Eindruck machen. Donnerstag sollen die Truppen der Entente die luxemburgische Grenze betreten. Am 20. November treffen sie in der Stadt Luxemburg ein. Der Liden des Landes wird von den Amerikanern, der Norden von Franzosen, belegt werden. Zu Vongues kamen bereits amerikanische Verbände an.

„Wer die Welt jetzt ein Oberhaupt genannt hat, hatte ein ganz Epes offenbar nicht gehört.“

## Regierung will Streik in N. Y. beenden

Es wird angedeutet, daß Marine-Soldaten wenn nötig, den Streik brechen werden.

Washington, 10. Jan. — Sollten die Streiker und ihre Arbeitgeber nicht zu einem Einverständnis kommen können, so wird die Regierung die Sache in die Hand nehmen. Wie das gefahren soll, wird noch nicht bekannt gemacht. Die Regierung läßt jedoch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie nicht ruhig zusehen wird, wenn New York mit einer Fleisch-, Kohlen- und Proviant-Knot bedroht wird, die sich naturgemäß auf die angrenzenden Staaten ausbreiten würden.

Kuch will man nicht zugeben, daß durch Arbeiterstreikigkeiten die Tätigkeit der Armeeverwaltung behindert werde.

Angeordnet wird, daß Schiffe und Weidertschiffe mit Marinesoldaten besetzt und in Dienst gestellt werden könnten.

## Danks beschäftigten deutsche Fließschuster

Koblenz, 10. Jan. — Die 3. amerikanische Okkupationsarmee hat in einem dreistöckigen Gebäude zu Koblenz eine große Schuhfabrik eröffnet, in welcher vorläufig 200 deutsche Fließschuster lohnende Beschäftigung gefunden haben. Bedeutend Schute der amerikanischen Soldaten werden dort repariert; weiteres ansehnliches Fußzeug wird folgen. Soldatenwitwen werden in der Schuhfabrik ebenfalls beschäftigt werden und binnen einer Woche werden 300 deutsche Männer und Frauen dortselbst Beschäftigung gefunden haben. Der Tagelohn beträgt 8 Mark den Tag. Das Geld kommt aus Berlin.

## Arbeiter kein Fabrik-Sutter, sagt Ford

Detroit, 10. Jan. — Henry Ford, der Automobil-Fabrikant, nimmt in einem Leitartikel, den er verfaßt hat, und der im „Dearborn Independent“ diese Woche erscheint, Anstoß an den Auslassungen bedeutender Männer, die geneigt sind, die Fabrikarbeiter als „Fabrik-Sutter“ zu betrachten. Er sagt:

„Die Verantwortlichkeit für den Krieg ist auf die liberalen herrschenden schlichten Verhältnisse zurückzuführen. Individuen haben dabei die Gelegenheit wahrgenommen, ihren persönlichen Vorteil zu sichern, soweit es für sie möglich war, denn die Weltverhältnisse erlauben es ihnen. Wir kaufen Berge von Munition auf, große Berge von Munition während der Kriege, die in der Klasse der unglücklichen Arbeiter eingereicht wurden. Er ist der Meinung, daß sie „den neuen und nützlichen“ „Ergebnisse“ weichen sollten. Er greift das Recht abweisender Eigenliebe an und meint, daß deren Interesse im Geld ist, oder in der Erzeugung nur dem Dollar, den sie aus ihnen herausquetschen können.“

## Die britischen Friedensdelegaten

London, 10. Jan. — Der Erstreik und Wolf zufolge hat das Kabinett die folgenden Delegaten zur Friedenskonferenz ernannt: Ministerpräsident Lloyd George, Schatzminister Venet Ray, Minister der Ausrüstung, Oberstleutnant Geo. Nichol Barnes. Die Delegaten werden durch folgende Bevollmächtigte vertreten sein: William Morris Daubert, Ministerpräsident der Australier; Sir Robert V. Gordon, Ministerpräsident von Kanada; General Louis Hays, Ministerpräsident der Indianer; Sir George Curzon, Ministerpräsident der Briten. Die Delegaten werden bis Samstag nach Paris reisen.

Auf Canada und Ungarn, den Staat Serbien und Japan; Schön heute abend und Sonntag; kein wesentliche Temperaturwechsel.

## Die Revolution in Berlin unterdrückt

### Hindenburg in Potsdam; er wird dafür sorgen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in Ordnung vollzogen werden

### Ebert-Regierung jetzt wieder Herr der Situation

Paris, 10. Jan. — Eine Züricher Depesche an die Zeitung „L'Information“ meldet, daß Kanzler Ebert Herr der Situation zu Berlin ist.

Feldmarschall v. Hindenburg befindet sich seit zwei Tagen in Potsdam. Er wird keine Wahl zur Nationalversammlung gestatten, bis die Ordnung wieder vollständig hergestellt ist. Hindenburgs Anwesenheit, gepaart mit dem Entschluß der Regierung, die Aufständischen mit Waffengewalt zu unterdrücken, hat der Situation ein vollständig verändertes Aussehen gegeben.

Die Rote Flage, das Organ der Spartakusleute, wird nicht mehr herausgegeben. Studenten haben diese Druckerei besetzt.

Eine große Menge Freiwilliger stellt sich der Regierung zur Verfügung. Kavallerie und preussische Gardien halten alle Zugänge nach Berlin besetzt. Militärgouverneur Ostauz Koske hat energische Schritte ergriffen. Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es heißt, daß er es gewesen, der ein Verständnis zwischen Ebert und Hindenburg herbeiführte.

Kopenhagen, 10. Jan. — Einer heutigen Kopenhager Depesche zufolge hat der dortige Soldatenrat die Reorganisation des Ebertkabinetts gefordert.

Keine U. S. Truppen nach Berlin. Washington, 10. Jan. — Die amerikanische Regierung hat gegenwärtig nicht die Absicht, Truppen nach Berlin zu senden. Diese Erklärung wurde heute von hoher Autorität abgegeben. Es wird gesagt, daß ein derartiges Vorgehen die Sachlage eher schlimmer als besser gestalten würde. Obgleich schon die ersten Nachrichten erkennen ließen, daß die Forderungen wenig Aussicht auf Erfolg hatten, so wird democh darauf hingewiesen, daß sie alles Mögliche aufwiegen, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern, wüßten, daß sie auf derselben nur sehr schwach vertreten sein würden. Sollten die Spartakusleute zur Herrschaft gelangen, so würde die Zahlung von Kriegsschulden verweigert werden, und man würde gezwungen sein, dieselbe durch Gewalt einzutreiben.

Injuranten zu Baaren gerieben. London, 10. Jan. — Letzten Nachrichten zufolge hat die Ebert-Regierung in dem Kampfe gegen die Spartakusleute die Oberhand behalten. Die Regierungstruppen haben fast alle öffentlichen Gebäude zurückerobert; das Kriegsgericht ist in Berlin eröffnet worden, und Truppenverstärkungen treten im Laufe des heutigen Tages andauernd in Berlin ein. Die Injuranten wurden mittels Artillerie aus dem Telegraphenamt getrieben. Das Hauptquartier der Spartakusleute in der Polizeizentralstation ist durch das Durchschneiden der Telefon- und Telegraphenadrenge isoliert worden. Allen Anführern nach besaßen sich die Spartakusleute immer noch in den Wasserwerken und in der elektrischen Anlage; ein Teil der Stadt war infolge dessen ohne Wasser und Beleuchtung.

Während nun die Revolte in Berlin unterdrückt zu sein scheint, verurteilen die Injuranten in anderen Großstädten des Landes immer noch Unruhe. In diesen sind die Nachrichten hierüber widersprechend. In großen Unruhe soll es in Ulm, Dresden und anderen Großstädten gekommen sein. Die Zahl der Toten in Berlin soll lediglich auf 100 groß sein wie zur Zeit der Märzrevolution im Jahre 1848.

Der bayerische Minister des Innern gab in der bayerischen Abgeordnetensammlung die Erklärung ab, daß, falls die Ordnung in Berlin nicht bald hergestellt wird, Bayern Truppen dorthin senden wird, um Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Es berichtet, daß die Regierung über 50.000 Mann Truppen in be-

drohten Städten zusammengezogen hat. Die Studenten in Berlin organisieren zum Schutz der Regierung ein Kavallerieregiment.

Die Berliner Germania erklärt, daß 1000 russische Volksgewalt in deutschen Uniformen auf Seiten der Injuranten zu Berlin gesendet haben.

Das Programm der Spartakusleute Berlin, 10. Jan. — Die Anhänger Liebknechts haben folgende Erklärungen abgegeben: „Die Spartakusleute sind entschlossen, den Kampf der Arbeiterklassen gegen die Bourgeoisie so lange fortzusetzen, bis von den Arbeitern eine nur für sie berechnete Regierung hergestellt ist, von welcher alle anderen Parteien ausgeschlossen sind. Die Spartakusleute vertreten die große Masse des Proletariats nicht nur dasjenige Deutschlands, sondern dasjenige der ganzen Welt. Die gegenwärtige Revolution geht nicht nur Deutschland an, sondern die ganze Welt. Ihr Endziel ist die Einsetzung einer Diktatur durch das Proletariat nach dem aller Widerstand bewältigt ist.“

Der Spartakusbund hat folgendes Programm aufgestellt: Entlohnung aller Polizisten und Soldaten, die nicht zum Proletariat gehören; Kontrolle über alle Munitionsfabriken; Entlohnung der herrschenden Klassen; Bewaffung der Arbeiter und der Volksgewalt; Befreiung von der Armeedisziplin; Ende der Militarität; Einrichtung eines Revolutionstribunals; Prozeßierung jener Personen, die für die Verlängerung des Krieges verantwortlich sind, einschließlich Hohenzollern, Hindenburg, Ludendorff und Kirpis; Auflösung des Staatenbundes und Einsetzung einer einzigen deutschen Republik; absolute Sozialisierung des Staates, sechsständiger Arbeitstag und Verfassung gegen Arbeitslosigkeit.

Das erste, was die Regierung des Proletariats, sollte eine solche zustande kommen, tun wird, ist die Einsetzung aller Kronvermögen und Verweigerung der Begleichung aller Staats- und öffentlichen Schulden, einschließlich der Kriegsschulden; Einziehung aller Grundeigentums, aller Banken, Bergwerke, Fabriken und Vermögens über eine gewisse Summe. Die Nationalisierung des Verkehrswesens durch die Soviet, Kontrollierung der Fabrikzeugnisse durch die Fabrikarbeiter und die Einsetzung einer Zentral-Streikkommission ist eine weitere Platte in dem Programm der Spartakusleute.

## Deutsche Freiwillige schlagen Polen

Amsterdam, 10. Jan. — Eine Depesche aus Polen zufolge haben deutsche Streikkräfte den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Bentschen den Polen wieder entziffen.

Polnische Truppen, die von Kolmar (früher Chodziejew) nördlich von Polen, vordrangen, wurden von deutschen Freiwilligen geschlagen, worauf Kolmar von ihnen besetzt wurde. So meldeten getrige Berliner Depeschen. Die beiderseitigen Verluste waren schwer. Die Deutschen eroberten ferner nach schwerem Kampfe die im Kolmar Distrikt gelegene Ortschaft Welschenhofe.

Eine Depesche aus Polen besagt, daß zwischen der polnischen und deutschen Regierung Verhandlungen im Gange sind, in der Absicht, weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Das Vermögen Roosevelt. New York, 10. Jan. — Theodore Roosevelt hat ein auf 3500.000 veranschlagtes Vermögen, Grundbesitz und bares Geld, hinterlassen. Alles Einkommen aus dem Grundeigentum erhält die Witwe. Die von seinem Vater geerbten 350.000 bares Geld fällt zu gleichen Teilen an die Kinder, desgleichen alles Erbvermögen.